

# Gedanken zur Rolle von Wettbewerbsfähigkeit, Souveränität, Identität und Wohlstand im Fürstentum Liechtenstein

*Manfried Gantner*

## Einleitung

Beim Menschen müssen oder sollten Körper, Herz («Menschlichkeit»), Verstand und Sinn(stiftung) zusammenwirken, damit im Idealfall ein vorzeigbares Lebenswerk entstehen kann. Man spricht auch von physischen, sozialen, mentalen und spirituellen Fähigkeiten und weist diesen entsprechende «Intelligenzen» zu.<sup>1</sup> Im Folgenden wird der etwas brachiale Versuch gemacht, dieses anthropomorphe Schema auf einen Staat, den Kleinstaat Liechtenstein, anzuwenden. Die Begründung dafür ist normativ: Auch ein Staat könnte einen ganzheitlichen Ansatz, eine gleichgewichtige und gleichwertige Entwicklung seiner Fähigkeiten und Ressourcen benötigen. Die Veränderung von Wettbewerbsfähigkeit, Loyalität / Identität und die aktive «Bewirtschaftung» einer sinnstiftenden Souveränität müssen Hand in Hand gehen, um Nachhaltigkeit zu erzielen.

Nun stichwortartig zu den einzelnen Funktionalitäten:

- Dem Stichwort «Körper» könnte die Verfügbarkeit der benötigten Ressourcen zugeordnet werden. Sie dienen der ökonomischen, ökologischen und rechtlich-institutionellen Nachhaltigkeit des «Geschäftsmodells» und sichern die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit im Raum und in der Zeit.
- Dem «Herz» könnten unter dem Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit alle geeigneten Massnahmen zur wirtschaftlichen Partizipation sowie zur Unterstützung oder Absicherung gegen die Unbilden des Le-

---

<sup>1</sup> Vgl. Stephen R. Covey, *Der 8. Weg. Mit Effektivität zu wahrer Grösse*, GABAL Verlag, Offenbach 2006.

bens, kurz: die «Verteilungsfunktion», zgedacht werden. Sie sichern Loyalität und sind Teil einer breiteren Identifizierung mit dem Staat, eine Voraussetzung für seine Identität.

– Mit dem «Verstand» könnte eine «Vision» weiter entwickelt werden, die den sich abzeichnenden, bedeutsamen Engpässen und Grenzen, aber auch den erheblichen Chancen einer aktiven Nutzung der Souveränität des Kleinstaates Rechnung trägt. Es geht dabei um die Sicherung der politisch-institutionellen Nachhaltigkeit des Staates und ihrer Grundlagen.

– Auch ein Land will für etwas stehen, auf etwas stolz und irgendwie einzigartig sein. Nicht alle Beteiligten werden auf Dauer in der Bewahrung und Absicherung von «materiellem Wohlstand» diesen abschliessenden Sinn zu erkennen vermögen.

## 1. «Wettbewerbsfähigkeit»

Liechtenstein ist kein armes Land (mehr)! Der Wohlstand des Landes und dessen grosse Veränderung zeigt sich auf vielfältige Weise, beispielsweise in der Zunahme und im Zustand der Wohnbauten, im ständigen Ausbau der Geschäfts- und Industrieimmobilien oder im Ausmass der Einpendlerströme und, mit all diesen Entwicklungen zusammenhängend, im ständigen Bodenverbrauch.

### Bisheriges «Geschäftsmodell»

Das Fürstentum Liechtenstein verfügte seit Jahrzehnten über ein bewährtes «Geschäftsmodell», das dem Land und seiner Bevölkerung Wohlstand brachte und in der geschickten Nutzung der staatlichen Souveränität für die Attraktivität des Standortes wurzelt. Als wichtigster Anwendungsbereich darf das breite und spezialisierte Angebot an Dienstleistungen des Finanzplatzes Liechtenstein gelten. Damit konnten ausländische Vermögen einer als überbordend empfundenen Besteuerung im Ausland entzogen und in Liechtenstein auf sehr diskrete Weise vermehrt werden. Die Erträge aus den in Volumen und Qualität rasch wachsenden Finanzdienstleistungen ermöglichten dem Staat eine vergleichsweise überaus günstige Besteuerung von Bevölkerung und Wirt-

schaft und eine schuldenfrei finanzierte, attraktive Palette an staatlichen Leistungen. Die Wirtschaft ihrerseits nützte den günstigen Steuerstandort<sup>2</sup> und konnte so die vorwiegend für den Export bestimmte Produktion ausweiten. Damit verbunden war ein ständig wachsendes Angebot an Arbeitsplätzen für die Wohnbevölkerung und für Einpendler aus den Nachbarstaaten. Unterstützt wurden diese Aktivitäten von Staat, Wirtschaft und Bevölkerung durch günstige Verträge mit dem Ausland. Stellvertretend sollen hier für das breite Netzwerk an Verträgen der Zollvertrag mit der Schweiz aus 1923 und der EWR-Beitritt aus 1995 genannt werden.<sup>3</sup> Zusätzlich konnten kostspielige öffentliche Infrastruktureinrichtungen der Nachbarn Schweiz und Österreich im Vergleich zu deren Vollkosten günstig genutzt werden, wie beispielsweise im Verkehrs-, Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich sowie bei der Bereitstellung von Wohnungsinfrastruktur. Aus diesem «Geschäftsmodell» konnte sich Liechtenstein eine beträchtliche «Souveränitätsdividende» sichern.

«Staatsschulden» waren deshalb bis vor kurzem in Liechtenstein nur eine Frage der Diversifikation von Portfolios der Anleger.

#### «Neues Geschäftsmodell»

Seit einigen Jahren ist dieser Wachstums- und Wohlstandsmotor sichtbar ins Stottern gekommen. Die Gründe dafür sind, wie in vielen anderen Ländern auch, in der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise ab 2007/2008 zu sehen, auch wenn glücklicherweise der Bankensektor des Landes eine völlig andere Ausrichtung und deshalb viel geringere Folgewirkungen für die liechtensteinische Volkswirtschaft hatte wie etwa für Island oder Irland.

---

2 Vgl. «Fürstliche Steuerattraktivität. Liechtenstein will Betriebsansiedlungen fördern», in: NZZ vom 6. 1. 2011, Internationale Ausgabe, Nr. 4, S. 9.

3 Vgl. zur Einschätzung des EWR in Liechtenstein: «Wunsch nach einem EWR-Beitritt der Schweiz», in: NZZ vom 8. 9. 2010, Internationale Ausgabe, Nr. 208, S. 26 und «Ein EWR mit nur einem Staat ist nicht undenkbar». Liechtensteins Aussenministerin Aurelia Frick über die Zukunft des Fürstentums in Europa», in: NZZ vom 21. 9. 2010, Internationale Ausgabe Nr. 219, S. 21.

Viel bedeutsamer war, dass Liechtenstein zusammen mit einer grösseren Anzahl anderer Staaten<sup>4</sup> wegen der besonderen Nutzung seiner Souveränität für die Gestaltung von Finanzdienstleistungen vor einigen Jahren auf den Radarschirm der Aufmerksamkeit der einschlägigen Weltöffentlichkeit gelangte – und dort verblieb. Die Gründe reichen von der Unterbindung von Geldwäsche zur Bekämpfung von organisiertem Verbrechen und Terrorismus bis hin zur mit grosser Zähigkeit verfolgten Absicht von Staaten, ihre eigene Hochsteuerpolitik für Unternehmen und Privatpersonen unter dem Titel «Steuergerechtigkeit» umfassend abzusichern und Steuerflucht zu unterbinden.<sup>5</sup> Die Marke Liechtenstein kam ins Gerede. Unschöne Bezeichnungen, von denen «Steuer-oase» und «Rosinenpicken» auf der freundlicheren Seite sind, und diverse schwarze Listen ausländischer internationaler Organisationen mit ihren Sanktionen sowie das stark «körperbetonte Spiel» gewichtiger Staaten brachten das «Geschäftsmodell Liechtenstein» beim Standbein «Finanzdienstleistungen» gewaltig unter Anpassungsdruck. Liechtenstein hat mit der Umsetzung der «Weissgeldstrategie 2009»<sup>6</sup> mittlerweile einen guten Teil der diesbezüglichen Hausaufgaben gemacht.

Hier wird nun die Meinung vertreten, dass diese vom Ausland aufgedrängte Überholung des «Geschäftsmodells» Liechtenstein in Bezug auf den «Finanzplatz» erst den Anfang von weiteren notwendigen und schmerzhaften Anpassungen für das Land markiert. Ein Teil dieser erwarteten Anpassungserfordernisse ist Gegenstand dieses Beitrages.

---

4 Vgl. Hans-Lothar Merten, *Steueroasen*, Ausgabe 2011, Walhalla Verlag Regensburg sowie «Das 250-Milliarden-Dollar-Steuerschlupfloch. Im Internationalen Vergleich zählt Liechtenstein noch zu den kleinen Steueroasen», in: DER STANDARD, 3. 2. 2011, Thema Steuerflucht, S. 2.

5 Vgl. dagegen: «Freiheit braucht Steuerwettbewerb. Erörterungen zur Besteuerung in einer globalisierten Welt am Eucken-Symposium», in: NZZ, 13. 12. 2010, Internationale Ausgabe Nr. 290, S. 10.

6 Vgl. «Unbeirrt auf dem Pfad der Weissgeld-Strategie», in: NZZ vom 21. 12. 2010, Internationale Ausgabe Nr. 297, S. 7 und «Verfolgen Sie den Fall Grasser? Klar!», Gespräch mit Regierungschef Klaus Tschüscher, in: DER STANDARD, 14. 2. 2011, S. 9.

## Staatssoveränität

An der Wurzel des Geschäftsmodells für den Kleinststaat Liechtenstein steht seine «Souveränität». Und weil im Fall der Anpassung des Finanzplatzes das Ausland «den Tarif durchgegeben hat» und noch weiter Einfluss nehmen wird, soll im Folgenden zunächst über die «Souveränität von Staaten» nachgedacht werden.

Bei der Frage nach der Souveränität wird zwischen Staats- und Volkssouveränität unterschieden. Bei ersterer geht es um grösstmögliche nationale Unabhängigkeit, bei letzterer um das Ausmass der demokratischen Partizipation. Dieser Beitrag will und kann keine systematische Abhandlung der vielfältigen Aspekte von Souveränität liefern,<sup>7</sup> es interessieren hier nur die Möglichkeiten der aktiven Nutzung des formal vorhandenen Spielraums nationaler Selbstbestimmung für einen Kleinststaat wie Liechtenstein.

Gemeinsam ist fast allen Staaten dieser Welt (ausgenommen vielleicht die «Schurkenstaaten» und dies nur auf Zeit), dass die Staatssoveränität, nämlich die eigenständige Gestaltungs-, Beeinflussungs- und Steuerungsmöglichkeiten, immer mehr beschränkt wird. Die Gründe liegen in den gegebenen und sich rasch verändernden wirtschaftlichen, technischen und zivilisatorischen sowie politischen Machtverhältnissen in unserer globalisierten, multipolaren Welt. Um bei den politischen Machtverhältnissen zu bleiben: Auch sehr grosse Staaten fühlen sich immer mehr fremdbestimmt durch die Interessen anderer Staaten, durch multinationale Organisationen und Akteure oder Plattformen, wie Unternehmen, NGO's, Interessenvertretungen, Medien und Märkte.

Darüber hinaus transferieren Staaten auch bewusst Souveränität an inter- und supranationale Organisationen, weil sie auf diese Weise ihre Interessen besser durchzusetzen hoffen. Sieht man von einem Kampf

---

7 Vgl. Katja Gentinetta und Georg Kohler (Hg), *Souveränität im Härtestest*, Avenir Suisse, Verlag NZZ, 2010. Dieser Sammelband enthält eine Reihe lesenswerter Beiträge zum Thema «Souveränität» und eine Fülle rezenter Literaturhinweise zum Thema. Für eine glänzende Einführung in unterschiedliche Souveränitätskonzeptionen vgl. Alois Riklin, *Ambivalenz der Souveränität*, in: Dieter Langewiesche (Hrsg.), *Kleinstaat in Europa*, Symposium des Liechtenstein-Instituts zum Jubiläum 200 Jahre Souveränität Fürstentum Liechtenstein 1806–2006, Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft, Schaan, S. 177–190. Riklin plädiert dafür, den Begriff der Souveränität durch jenen der Autonomie zu ersetzen. (S. 189)

von Systemen, Ideologien, Religionen und Ethnien ab, die auch immer wieder in das Thema Souveränität hinein spielen, so ist es keine Verkürzung, wenn der Einsatz der Souveränität von Staaten als Konkurrenzkampf um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, um Ressourcen und um politischen Einfluss zur bestmöglichen Bewahrung der eigenen Vorteile interpretiert wird. In diesem Bereich dominieren Vereinbarungen, Regeln, Mitgliedschaften und Ähnliches, um die Macht- und Eigeninteressen von Staaten im besten Fall (und meist gelingt dies nur auf Zeit) einigermaßen einzudämmen und zu kanalisieren.

### Hausgemachte Probleme

Den steigenden Abhängigkeiten der Staaten hinkt üblicher Weise im Inland die Wahrnehmung der Bevölkerung, der Interessengruppen und der Medien über die verbliebenen nationalen Handlungsspielräume nach. Die Folge ist, dass die Politik häufig einem unrealistischen und deshalb oft frustrierten Erwartungsdruck ausgesetzt ist. Die Gefahr muss darin gesehen werden, dass nur mehr der «autonome Nachvollzug» oder die «Politik der vorausseilenden Kapitulation» dominiert und das Land «in der postnationalstaatlichen Konstellation der Gegenwart» zu einem «abhängigen Vasallen» mutiert.<sup>8</sup> Die hausgemachten Treiber von Beschränkungen staatlicher Souveränität gehen häufig von bedeutsamen wirtschaftlichen Eigeninteressen aus, die in ihrer gelebten Einseitigkeit, ihrem Gewicht für die ganze Wirtschaft, vielleicht auch in ihren Exzessen, in der Folge zu Anpassungserfordernissen für das ganze Staatswesen führen.

Stichwortartig muss hier unter den Gefährdungen der Wettbewerbsfähigkeit des Landes die weitere Bewältigung der sehr bedeutsamen Anpassungserfordernisse des Finanzplatzes hoch auf der Agenda gelistet werden. Es ist auch keinesfalls davon auszugehen, dass die Niedrigsteuerepolitik für die Industrie international ohne Widerspruch bleiben wird. Auch aus ökologischer Sicht sind grosse Belastungen, Engpässe und Grenzen erkennbar: Beispiele dafür sind das Ausmass des energieein-

---

8 Vgl. Georg Kohler, Was heisst Souveränität?, in: Katja Gentinetta und Georg Kohler (Hg), Souveränität im Härte-test, Avenir Suisse, Verlag NZZ, 2010, S. 18 ff.

tensiven Individualverkehrs der Einheimischen und Pendler mit seinen Begleiterscheinungen und vor allem auch der rasche Verbrauch des nutzbaren Bodens, wozu neben dem Wirtschaftswachstum und der präferierten Besiedlungsform auch steuerliche und förderungsimmanente Fehlreize sowie unzureichende Raumplanung beitragen. Sie werden einer extensiven, quantitativen Entwicklung rasch Grenzen setzen.

In jüngster Zeit wird insbesondere von der Regierung die Finanzierbarkeit von Staatsleistungen problematisiert. Allerdings fehlen hinreichende Transparenz über die wirkliche Lage der öffentlichen Haushalte und ausreichende Kontrollmechanismen der öffentlichen Leistungserbringung. Die qualitative Fortentwicklung von Finanzplatz, Industrie und öffentlicher Verwaltung sowie zunehmend komplexen öffentlichen Dienstleistungen benötigen immer mehr Spitzenarbeitskräfte, was mit der politisch erwünschten oder auch nur machbar erscheinenden Politik von Niederlassung und Personenfreizügigkeit zunehmend in Widerspruch gerät. Es ist auch nicht in Stein gemeißelt, dass bedeutsame Infrastruktur- und Sozialleistungen der Nachbarn weiterhin vergleichsweise kostengünstig von Liechtenstein mitgenutzt werden können.

### Einseitiger materieller Wohlstand

Vielleicht wurde bisher etwas einseitig der «Körper» trainiert und stand der materielle Wohlstand zu prominent im Vordergrund. Mit den dabei zum Einsatz gelangenden Mitteln sind die Mitbewerber («das Ausland») immer weniger einverstanden und pochen auf die Einhaltung von zunehmend von aussen gesetzten Spielregeln. Auch fördert das alte Erfolgsmodell Engpässe zutage: bei Umwelt, Boden, Arbeitskräften, Finanzen, aber auch beim Wohlwollen des Auslandes und bei der Loyalität der gesamten Wohnbevölkerung im Inland zum Staat.

## 2. Loyalität zum Staat, Identifikation mit dem Staat

Loyalität und Identität scheinen zunächst eher ausserhalb einer Betrachtung mit ökonomischem Schwerpunkt zu liegen. Gerade solche Fragen dürfen aber in einer gesamthaften Betrachtungsweise nicht aussen vor bleiben, denn sie hängen mit zwei wichtigen Staatsaufgaben zusammen:

dem Ausgleich zwischen gesellschaftlichen Gruppen und der fairen Verteilung der Lebenschancen.<sup>9</sup> Wirtschaftliche «Monokulturen» und «Machtmonopole» können die Loyalität zum Staatswesen erheblich stören. Negative Auswirkungen sind dann zu erwarten, wenn einerseits die Kluft zwischen gesellschaftlichen Gruppen im Verteilungsbereich und andererseits die Opfer, die «für andere» (z. B. für den Finanz- und den Industriestandort) gebracht werden müssen, von den dadurch Betroffenen als zu gross empfunden werden.

Loyalität zum Staat und die Identifikation eines grossen Teils der Bevölkerung mit dem Staat wird auch durch eine als fair empfundene, transparente Einkommens- und Vermögensverteilung verbessert oder erreicht. In dieselbe Richtung wirkt eine als adäquat empfundene Partizipationsmöglichkeit an den sozialen Errungenschaften im Zusammenhang mit Familie und Wohnraumschaffung, vor allem auch im Zusammenhang mit den Wechselfällen des Lebens, wie sie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfälle, Alter und Pflegebedürftigkeit mit sich bringen. Im Hinblick auf deren Nachhaltigkeit ist den Anreizen und Möglichkeiten des Zugangs sowie der Inanspruchnahme ebenso wie den Kosten und Wirkungen der Leistungserbringung grösstes Augenmerk zu schenken. Transparenz und Verantwortlichkeiten müssen klar festgelegt sein, aber auch Missbrauch oder Überförderung im Interesse der Steuerzahler verhindert werden. Eine wissenschaftsgestützte Herangehensweise erschiene hier sinnvoll.

Die Breite der Partizipation am Wohlstand und an den Einrichtungen der sozialen Sicherheit, ihr Zugang und die Art ihrer Erbringung sind somit wesentliche Determinanten von Loyalität und Identifikation mit dem Staat. Sie weisen aber auch auf einen Kern von selbst im Kleinststaat zu bewahrender Souveränität hin. Das heisst nicht, dass der Kleinststaat alle diese Staatsleistungen selbst erstellen müsste. Wiederholt wird er sich auf die Rolle des Bestellers dieser Leistungen im Wege des Outsourcings bei den Nachbarn oder bei kommerziellen Anbietern zurückziehen müssen. Dies setzt, soll der Weg nachhaltig sein, eine faire Kostenteilung und Mitsprache und dementsprechend langfristige Abmachungen und Verträge mit den Erbringern voraus.

---

<sup>9</sup> Vgl. Georg Kohler, Was heisst Souveränität?, in: Katja Gentinetta und Georg Kohler (Hg), Souveränität im Härtestest, Avenir Suisse, Verlag NZZ, 2010, S. 35.

Ein besonderes Problem stellen im Zusammenhang mit Loyalität und Identifikation natürlich Fragen der Zuwanderung, der Integration und der Mobilität von Arbeitskräften dar. Finanzplatz und Industrie und vor allem die Politik müssen sich hier an der psychischen «Verarbeitungskapazität» der Bevölkerung orientieren, die allerdings nicht statisch zu sehen ist.

Neben dem Grad und den Arten der Partizipation an politischen Entscheidungen, die Politikwissenschaftler vertieft studieren, spielen aber noch ganz andere Aspekte, die am Ende des Tages «Heimat» signalisieren, eine Rolle. Identität und Nationalgefühl werden hervorgerufen und verstärkt durch: Erforschung und das Wissen um die eigene Geschichte des Landes, Vielfalt des Kulturlebens, gelebte Traditionen, Vereinswesen, Sport, primäres und sekundäres Bildungswesen, Intensität der Nutzung von Grund und Boden einschliesslich der Sicherung des Naherholungsraums, Freude an der lokalen Flora und Fauna, Wohninfrastruktur sowie Mitbestimmung an Entscheidungen in der eigenen Gemeinde und im Land.

Der Befund am Ende dieses Abschnittes lautet: Das Zurückdrängen von Partialinteressen, Gerechtigkeit bei der Besteuerung sowie gesicherte, leistbare und transparente Zugänge zur sozialen Infrastruktur eines Staates tragen zusammen mit ausserökonomischen Elementen wesentlich zu «Wir»- und «Heimat(gefühl)» sowie zur Identifizierung mit dem Staat bei. Art und Ausmass von Loyalität und Identität bleiben nicht ohne Folgen für das internationale Standing und auch den längerfristigen Erfolg des Staates.

### 3. Vision

In unserem kleinen Modell ist der «Verstand» zuständig für die Entwicklung von Elementen einer «Vision» für einen solchen Staat. Sie soll den bedeutsamen Engpässen und Grenzen, aber auch den erheblichen Chancen, die in einer aktiven Nutzung der Souveränität des Kleinstaates liegen, Rechnung tragen.

Bei der Sicherung der politisch-institutionellen Nachhaltigkeit stehen folgende Fragen im Vordergrund: Wie und was an Souveränität kann oder soll kluger Weise delegiert werden? Was ist der unverzichtbare Kern von Staatssouveränität? Wie kann realistischer Weise die Souve-

ränität aktiv genutzt und im guten Sinn des Wortes «bewirtschaftet» werden?

Souveränitätsverzicht muss nicht nur passiv erduldet werden. Die Rechtssetzungsmacht und Identität eines Staates sind eine zu nützliche Ressource, als dass man ihr dabei nur zuschauen müsste, wie sie in unserer globalen Welt wie der Schnee in der Frühlingssonne dahin schmilzt. Um beim Bild zu bleiben: man kann auch künstlich beschneien! Die Nutzung der Souveränität muss bewusst und aktiv gestaltet werden.

### Aktive Nutzung von Souveränität

Wo sollen dann die guten Karten in diesem Spiel für den Kleinstaat liegen? Zunächst einmal zeigt der Blick in die Nachbarschaft, dass Liechtenstein zweifellos deutlich mehr Handlungsspielräume hat als etwa ein benachbarter Schweizer Kanton oder ein österreichisches Bundesland. Er ist ein eigener Staat mit eigener Rechtssetzungsmacht und – wenigstens im Innenverhältnis – auch Rechtsdurchsetzungsmacht.

Um die Souveränität zu bewahren oder gar auszuweiten, müssen zunächst die eigenen längerfristigen Interessen des Staates erkannt werden und es sollte darüber im Innenverhältnis ein gewisser Grundkonsens hergestellt sein. Dies ist auch deshalb keine triviale Aufgabe, weil die Zukunft nicht einfach eine Fortschreibung der gegenwärtigen Entwicklung ist und der Kleinstaat nicht alles wie ein grösserer Staat machen kann – nur eben kleiner. Er muss und kann die Dinge anders machen. So kann er beispielsweise schneller sein, weil im konkreten Falle Liechtensteins eine wesentliche staatliche Ebene, die Kantone oder die Bundesländer, fehlen. Er könnte auch flexibler sein, weil die Wege kürzer sind. Kein Nachteil im Vergleich zu anderen Staaten ist auch die sprachliche, kulturelle und ethnische Homogenität.

In jedem Fall kann der Kleinstaat seine im Völkerrecht verankerten Rechte nutzen und sein «Fell so teuer wie nur möglich zu Markte tragen». Souveränität ist auf der internationalen Ebene ein «Verhandlungsgut», eine bargaining resource.<sup>10</sup> Als Instrumente stehen beispielsweise

---

10 Ein Konzept von Robert O. Keohane zitiert nach Georg Kohler, Was heisst Souveränität?, in: Katja Gentinetta und Georg Kohler (Hg), Souveränität im Härtesten, Avenir Suisse, Verlag NZZ, 2010, S. 31.

Verhandlungen über konkrete Gegenleistungen, Verträge, öffentliche Meinungsbildung, Diplomatie, Kooperationen und Mitgliedschaften auf regionaler, internationaler und supranationaler Ebene zur Verfügung. Durch Verträge und Mitgliedschaften werden eine gewisse Reduktion der Komplexität, rechtlich abgesicherte Mindestpositionen für die Mitglieder, aber auch Informations-, Mitsprache-, Koalitionsbildungs- und Abtauschmöglichkeiten für eigene Interessen erreicht. Zugegeben, es müssen dabei immer die Kosten und der Arbeitsumfang mitbedacht werden, wie das jüngste Beispiel der Diskussion um den Beitritt Liechtensteins zum Internationalen Währungsfonds zeigt.<sup>11</sup>

Ferner müssen auch Lösungen für die wichtigsten unter Punkt 1 («Wettbewerbsfähigkeit») identifizierten Engpässe erarbeitet und umgesetzt werden. Durch ständige Modifikationen ist die Nachhaltigkeit des «Geschäftsmodells» Liechtenstein sicherzustellen. Anknüpfungspunkte sind beispielsweise:

## Finanzplatz

Es hiesse «Eulen nach Athen tragen», wenn hier Wege skizziert würden, dem Finanzplatz Liechtenstein Nachhaltigkeit zu sichern. In diesem Zusammenhang geht es letztlich – wie bei der Schweiz (und in der Folge für Luxemburg und Österreich) – nur um zwei Dinge: Geld statt Daten<sup>12</sup> und «kompromisslose Qualität».<sup>13</sup> Letzteres ist selbsterklärend und ersteres steht als Kürzel für vernünftige Regelungen zur nachträglichen Versteuerung der alten Gelder sowie für zukunftsfähige Regelungen für die Abwicklung von Steuerzahlungen für ausländische Vermögen.<sup>14</sup>

---

11 Vgl. »Liechtenstein zögert vor IMF-Beitritt«, in: NZZ vom 5. 1. 2011, Internationale Ausgabe Nr. 3, S. 27.

12 Vgl. «Geld statt Daten» in: Finanz und Wirtschaft vom 27. 10. 2010, S. 11, womit auf die Thematik einer Abgeltungssteuer verwiesen werden soll.

13 Vgl. Theodoro C. Cocca, «Kompromisslose Qualität», Untertitel: «Der Bankenplatz muss neue Fähigkeiten und Qualitäten entwickeln. Das «Upgrading» bedingt die Unterstützung auf politischer Ebene», in: Finanz und Wirtschaft, 8. 12. 2010, S. 1.

14 Vgl. «Unbeirrt auf dem Pfad der Weissgeld-Strategie», in: NZZ vom 21. 12. 2010, Internationale Ausgabe Nr. 297, S. 7. Dort wird Fritz Kaiser mit den hier sinngemäss wiedergegebenen Anforderungen zitiert.

## Öffentliche Finanzen

Einjährige und im Wesentlichen auf laufende Einnahmen und Ausgaben abstellende Budgets sind keine geeignete Basis für anstehende mehr- oder langjährig wirksame Entscheidungen. Die Feststellung von Budgetüberschüssen oder -abgängen in einem bestimmten Jahr bietet nur wenig Hilfe für die Beurteilung von Effizienz und Effektivität der staatlichen Aufgabenerfüllung oder – wenn man so will – für die «enkelgerechte» Nachhaltigkeit des Einsatzes von finanziellen Ressourcen der öffentlichen Haushalte in der Gegenwart. Bei allen Staatsaufgaben ist ihre (auch längerfristige) Wirksamkeit zu beachten.

Wünschenswert sind eine analog zum Unternehmenssektor aufgebaute aussagekräftige Bilanz- und Erfolgsrechnung sowie ein innerbetriebliches Rechnungswesen mit den erforderlichen Kosten- und Planungsrechnungen. Natürlich sind im laufenden Vollzug eines Jahreshaushalts die Ergebnisse eines geeigneten Controllings (Steuerung) zu beachten. Darüber hinaus ist für den öffentlichen Sektor wohl auch eine weitgehend unabhängige, institutionalisierte Kontrolle zur Information des Landtages und der Öffentlichkeit im Sinne eines Staatsrechnungshofes notwendig, der Mängel bei der Umsetzung in der Administration aufzeigt und Verbesserungsvorschläge macht.

Hier wird die Behauptung in den Raum gestellt, dass Verbesserungen des öffentlichen Rechnungswesens und der Art und Weise der Aufgabenwahrnehmung bei Staat und Gemeinden auch in Liechtenstein notwendig wären, um nicht «am falschen Platz» zu sparen. Hier kann die Wissenschaft wertvolle Grundlagen liefern.

## Wissensgesellschaft

Der Betrachter muss den Umstand, wie viel Talent und Engagement in der vergleichsweise kleinen Bevölkerung von Liechtenstein rekrutiert werden kann, bewundernswert finden. Eine Frage, die sich hier aber dennoch stellt, ist jene nach dem «Forschungs- und Wissensstandort Liechtenstein und seiner gesicherten Finanzierung». Auch wenn im Jahre 2011 die Universität Liechtenstein ihrer nun 50-jährigen Wurzeln und das Liechtenstein-Institut seiner nunmehr 25-jährigen Existenz gedenken darf, ein sehr hinterer Platz in einem internationaler Vergleich

der relativen Ausgaben des Staates Liechtenstein für die Forschung und den tertiären Bildungssektor auf OECD-Basis müsste schon für einen Weckruf ausreichen.

Könnte nicht auch für Liechtenstein umgehend innerhalb der laufenden Legislaturperiode ein Forschungsförderungsfonds nach ausländischem Muster gesetzlich verankert werden, der auf kompetitiver Basis Forschungsgelder bereit hielte?

Was ist aus den vielen Jahrgängen jener Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern geworden, die an ausländischen Universitäten studierten – und in der Folge nicht mehr nach Liechtenstein zurückkehrten («brain drain»)? Könnte hier nicht rezentes Informationsmaterial dazu beitragen, Einzelne zur Rückkehr nach Liechtenstein als Schlüsselarbeitskraft zu bewegen – oder wenigstens Näheres zum Forschungs- und (Aus-)Bildungsbedarf in Liechtenstein abzuleiten?

Wie werden sich Liechtensteins Forschung, Bank- und Industrieplatz in der künftigen Wissensgesellschaft positionieren? Finden am Liechtensteiner Finanzplatz und in der Liechtensteiner Industrie genügend Innovationen statt, um auch ohne den derzeit günstigen, langfristig aber nicht abgesicherten Finanz- und Steuerstandort auf Sicht wettbewerbsfähig zu bleiben?

### Personenfreizügigkeit

Der Aufbau der Wissensgesellschaft, die rasche Veränderung und Fortentwicklung des Banken- und Industrieplatzes ebenso wie die komplexe Administration des Kleinststaates Liechtenstein verändern die Nachfrage am Arbeitsmarkt nach Hochqualifizierten zulasten von Niedrigqualifizierten. Wie in jedem Staat, der auf höchstem Niveau international oder global Güter und Dienstleistungen anbietet und wettbewerbsfähig bleiben will, müssen laufend Spitzenarbeitskräfte angeworben werden. Um solche Arbeitskräfte gewinnen und halten zu können, gibt es ausserhalb des erzielbaren Nettoeinkommens bestimmte Voraussetzungen. Zum Wohnumfeld gehören neben Sicherheit und den entsprechend geeigneten nahen Wohnmöglichkeiten auch gehobene Einrichtungen im Bildungs-, Gesundheits-, Kultur- und Freizeitbereich. Ständiges Pendeln macht einen solchen Arbeitsplatz nicht attraktiv.

Liechtenstein hütet seine im Vergleich zum Nachbarn Schweiz überaus restriktive Personenfreizügigkeit. Weiters ist es weder ökologisch noch auf Dauer wirtschaftlich nachhaltig, wenn über 50 % der Arbeitskräfte Liechtensteins derzeit Tagespendler sind.<sup>15</sup> In einer Analyse einer Reihe von rezenten wissenschaftlichen Beiträgen der Arbeitsmarkteffekte des Abkommens mit der EU zur Personenfreizügigkeit zeigen N. Rütli und M. Müller,<sup>16</sup> dass die überdurchschnittlich gute Ausbildung der Zuzüger das Wirtschaftswachstum und Innovationspotential der Schweizer Wirtschaft im letzten Jahrzehnt deutlich erhöht hat. Im Ergebnis wird deshalb die weitere qualifizierte Zuwanderung auch wegen der stetigen strukturellen Veränderungen am Arbeitsmarkt sowie aus demographischen Gründen als dringend eingestuft. Vorteile, auf die Liechtenstein bisher offensichtlich bewusst verzichtet. Die Bereiche Mobilität, Zuwanderung und Integration müssen weiter bearbeitet werden. Sie bieten ein weites Feld für wissenschaftsgestützte Entscheidungen und Massnahmen.

#### 4. Sinnstiftung

Am Schluss steht die Sinnfrage. Sie muss ein Staat nicht unbedingt stellen – es gibt ihn ja. Wozu alles hinterfragen?

Internationale Entwicklungen müssen nicht immer den Weg zum Besseren nehmen, wie das Beispiel der raschen Zunahme von souveränen Schuldnerisiken zeigt. Und so gilt es auch für den schlechteren Fall der Machtlosigkeit von inter- und supranationalen Organisationen, des Scheiterns von Integrationsbemühungen, des Rückbaus von Freihandelsregeln, für das Zerbrechen von Staaten usw. gerüstet zu sein. Und sei es nur für die sich abzeichnende Knappheit von Erdöl, von dem unser bisheriges Wirtschaften so abhängig ist. Es dürfte sich aber auf Dauer für einen Staat lohnen, einen auch von den Nachbarn und der Staatengemeinschaft als nützlich eingestuften Beitrag zu leisten. Die Reputation

---

15 Vgl. «Liechtenstein öffnet einen Spalt. Zulassung von mehr Erwerbstätigen aus der Schweiz und dem EWR», in: NZZ vom 19. 1. 2011, Internationale Ausgabe Nr. 15, S. 27.

16 «Die Einwanderung hilft auch in der Wirtschaftskrise», in: NZZ vom 10. 2. 2011, Internationale Ausgabe Nr. 34, S. 11.

eines Staates muss eine positiv besetzte Komponente («Marke») aufweisen.

Aber auch im Innenverhältnis benötigt ein Staat ein Lebenselixier, das über den materiellen Wohlstand, seine Erarbeitung, Bewahrung und Vermehrung deutlich hinausgeht. Es muss verbindende Elemente und Klammern geben, die das «Wir-Gefühl» stärken und die Loyalität und Partizipation absichern.

Sinnstiftung muss sich den bestehenden Widersprüchen stellen. Zum Beispiel zwischen:

- dem Wunsch, den «status quo» zu bewahren, und der Notwendigkeit, sich zu verändern;
- dem Wunsch nach Beschränkung des Zuzugs und der Notwendigkeit, für Spitzenarbeitskräfte attraktiv zu sein;
- dem internationalen Druck zur Weissgeldstrategie und zur Annäherung an die Vorgaben des «internationalen Hochsteuerkartells» versus der Wahrung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts;
- der Kleinheit des Landes (personeller Ressourcenpool) und den Anforderungen der aktiven Nutzung direkt ausgeübter und nach aussen transferierter Souveränität;
- dem traditionellen Wirtschaften (mit Energie-, Bodenverbrauch und Mobilität) und den ökologischen Begrenzungen;
- traditionellem Politisieren mit Steuergeschenken und Förderungen und dem Erfordernis von Transparenz, Effizienz und Effektivität in den öffentlichen Haushalten und im öffentlichen Leistungsangebot;
- der Inanspruchnahme von Infrastrukturressourcen der Nachbarschaft und den eigenen Beiträgen auf diesem Gebiet.

Wie in diesem Beitrag aufgezeigt, sollten auch bei einem Staatswesen ein trainierter Körper, das Herz («Menschlichkeit»), die Vision des Verstandes mit Sinnstiftung zusammengespannt werden. In den folgenden vier Absätzen ist exemplarisch ein mögliches Ergebnis einer solchen ganzheitlichen Anstrengung skizziert:

Am Ende eines solchen Prozesses steht wohl eine zahlenmässig gestiegene Wohnbevölkerung mit einem weiter verbesserten Ausbildungsstand, da Spitzenarbeitskräfte integriert werden konnten. Der Wohlstand des Landes wird weniger durch die Art der Dienstleistungen, durch Besonderheiten in Steuerniveau- und in der Steuerstruktur, son-

dern primär durch das hohe Qualitätsniveau von Dienstleistungen und der industriellen Produktpalette sichergestellt.

Transparenz in den öffentlichen Haushalten, eine politisch breit akzeptierte Einkommens- und Vermögensverteilung sowie der gezielte Einsatz öffentlicher Mittel für Werke der Sozialen Sicherheit möglichst ohne negative Anreize sichern die Loyalität mit dem Staat. Identitätsbildenden Massnahmen, die ausserhalb der «Wirtschaft» stehen, zum Beispiel Kultur, behalten einen hohen Stellenwert.

Liechtenstein nimmt im Alpenrheintal aufgrund seiner wirtschaftlichen Entwicklung in ausgewählten Bereichen eine gewisse Themenführerschaft («soft power») wahr. Die Nachbarn im Alpenrheintal haben sich untereinander vertraglich beim Angebot und der Nutzung von Infrastrukturleistungen (Schulen, Universitäten, Spitäler, Strassen-, Bahn-, Ver- und Entsorgungsleistungen, Raumordnung) verständigt und abgestimmt.

Die bewusste regionale Ausrichtung Liechtensteins auf das Alpenrheintal stellt die Vor Ort-Absicherung für die Bewältigung der Herausforderungen der fortschreitenden Globalisierung dar. Die Eigenständigkeit und internationale Mitsprache ist durch Verträge und die aktive Mitgliedschaft bei wichtigen inter- und supranationalen Institutionen sichergestellt.

Viele Subthemen einer möglichen gedeihlichen Entwicklung des Landes können und müssen mit wissenschaftlicher Unterstützung verschiedener Fachbereiche aufgearbeitet werden. Sie müssen in der Folge durch das reinigende Feuer des mit einer anderen Rationalität ausgestatteten politischen Prozesses gehen, dort optimiert und in der Folge grössenverträglich umgesetzt werden. Ein Beispiel für ein sorgfältiges und dem längerfristigen Wohl des Landes verpflichtetes Nachdenken ist die posthum herausgegebene Textsammlung des Gründers des Liechtenstein-Instituts, Gerard Batliner, unter dem Titel: «Was will Liechtenstein sein?»<sup>17</sup>.

---

17 Liechtenstein-Institut (Hrsg.), «Was will Liechtenstein sein?» Texte aus dem Nachlass von Gerard Batliner (1928–2008), (mit Beiträgen von Guido Meier und Georg Malin), Schaan 2009.